

Der Wohlstandskuchen

Der Nachhaltigkeitsdiskurs wird intensiver und bunter

In Luxemburg kommt es – endlich, wird man im Lande vielerorts feststellen – zu einer breiteren nationalen Diskussion über die Zukunftsfähigkeit des „Luxemburger Modells“ und damit auch über die Werte und Ziele, die seiner Fortführung, Anpassung oder Neuorientierung zugrunde gelegt werden sollen. Partikuläre wirtschaftliche Unternehmerinteressen und Arbeitnehmerinteressen – beide gleichermaßen am Wachstum interessiert – haben vor einiger Zeit mit allerdings recht unterschiedlichem Aufwand begonnen, Plattformen (z. B. 5vir12 oder transform!) einzurichten. So gelangen zumindest einige der Vorschläge für Strukturreformen oder Forderungen nach Strukturkonservierung, die früher allenfalls im stillen Kämmerlein der Tripartite auf den Tisch kamen, in die öffentliche Diskussion.

Die traditionellen Positionen des Unternehmerlagers...

Der – wie die Protagonisten von 5vir12 behaupten – „nach vorne und auf die künftigen Generationen“ gerichtete Blick des – sagen wir vereinfachend – Unternehmerlagers bleibt zumeist auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Staatsschulden fokussiert, er folgt dem liberalökonomischen Mainstream. Was sich dynamisch entwickeln muss und was statisch bewahrt werden soll, ist in dieser Perspektive klar: Das Wirtschaftsprodukt soll fortlaufend wachsen, dazu scheint nahezu jedes Mittel recht. Und zum statistischen Ergebnis muss jeder beitragen („D’Lëtzebuerger müssen sech erëm aktiv un der Economie bedeelegen an eppes zum Räichtem vum Land bäidroen. [...] Déi ekonomesch Landschaft vu Lëtzebuerger kann net stoe bleiwen“). Die soziale Umverteilung soll hingegen gedeckelt bzw. eingefroren

werden („D’Politik vun der Ëmverdeelung muss sech engem Zil vu Bestand verschreiwen“).

Wer das nicht versteht oder gar anderer Meinung ist, wird in die Riege der Dummen und Rückständigen eingeordnet. Zumindest in einer Präsentation von Raymond Schadeck wird die Gesellschaft in diejenigen eingeteilt, „who understand how the wealth we distribute is created and those who don’t and therefore blindly, selfishly and without questioning protect today’s achievements and prerogatives.“ Kein Zweifel wird daran gelassen, dass der wahre Fortschritt nur einem „freien“ Unternehmertum zu verdanken sei, das ohne staatliche Reglementierung schalten und walten kann. Der Schlachtruf lautet: „stop demonizing ‚entrepreneurs‘“ und „drastically reduce administrative burdens“. Er lässt sich gut mit der Suggestivfrage verbinden: „A wann déi Schwéierfällgkeet vun eise Verwaltungen sou kontraproduktiv géif ginn, datt se all Creatioun vun Entreprises onméiglech géif maachen?“

So kann man Öl in das alte Feuer der Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und Etatismus bzw. Reglementierern gießen und letztlich auch klassenkämpferische Parolen neu beleben – Auseinandersetzungen, die dank hoher Wachstumsraten und entsprechend großer budgetärer (Um-)Verteilungsspielräume im Schoße der Tripartite und der Koalitionsregierungen längst erloschen zu sein schienen. Als Initialzündung für einen nationalen Besinnungs- und Diskussionsprozess mag eine Reanimation sogar nützlich sein. Als Perspektive für die Zukunftsgestaltung reicht das aber nicht aus.

Das Wiederholen überkommener Schlagworte zum Verlust der nationalen Wettbewerbsfähigkeit, zur geringen Effizienz und Produktivität des öffentlichen Sektors, zur Erdrosselung der unternehmerischen Innovationskraft durch staatliche Regulierungen

Dieter Ewringmann

Den Hintergrund der Diskussion bildet also immer noch das allzu einfache Bild vom „Wirtschaftskuchen“, den die Produzenten möglichst frei und unbehindert sowie unter Ausnutzung sämtlicher frei verfügbarer Ressourcen so groß backen sollen, wie es eben geht. Dann kann man anschließend auch jedem einen größeren Krümelanteil sichern.

oder zum sorgenfreien Innovations- und Wachstumsglück durch freies Unternehmertum entspricht einfach nicht der komplexen Struktur von privaten und öffentlichen Gütern, die für eine nachhaltige Entwicklung benötigt werden. Übrigens auch nicht den zahlreichen Unternehmenswünschen nach staatlichen Vorleistungen und „wettbewerbsschützenden“ Eingriffen.

Man kann ohne sachliche Aufklärung kein Bild für das künftige Luxemburg entwickeln, das den Bürgerpräferenzen und ihren Wertvorstellungen zum Umgang mit *Trade-Offs* Rechnung trägt. Das gilt für die bisher nicht gelungene Messung der Produktivität öffentlicher Leistungen. Genauso fehlen empirische Befunde zum „Restnutzen“ des mit externen Faktoren im Inland erwirtschafteten Wachstums für die Luxemburger Bürger (z. B. durch Berücksichtigung externer Kosten und Nutzen). Weitere Aspekte, deren Wechselwirkungen und Zielkonflikte zu verdeutlichen sind, betreffen die Rolle öffentlicher Güter und ihrer Mischformen im Verhältnis zu privaten Gütern für das Wohlergehen der Bürger (z. B. in Form von Stadt-, Regional- oder Landesplanung, von Naturschutz und allgemeiner, nicht arbeitsmarktorientierter Bildung).

... stehen den traditionellen Forderungen der Gewerkschaften gegenüber.

Arbeitnehmerinteressen tun sich deutlich schwerer, Gehör zu finden. Das liegt sicherlich nicht an einer zu geringen Zahl von interessierten und betroffenen Bürgern; schließlich sind die meisten von ihnen Arbeitnehmer. Die zunehmende Kluft zwischen Hoch- und Niedrigverdienern macht allerdings die

Argumentationsallianz schwierig. Die Luxemburger Gewerkschaften geraten immer stärker in den Konflikt, den im Durchschnitt überaus wohlhabenden Mitgliedern durch eine Art struktureller Reformblockade das erreichte hohe Niveau bewahren bzw. schützen zu wollen, und gleichzeitig eine Rolle als „soziales Gewissen“ zu besetzen, um dem ärmeren Teil und denjenigen, die aus den Arbeitsprozessen herausgeschleudert werden oder gar nicht erst hereinkommen, eine Reformperspektive zu geben. Das wird wohl ohne klientelinterne Umverteilungen kaum funktionieren. Da ist es kein Wunder, wenn sich auch zwischen den einzelnen Gewerkschaften die Dissonanzen verstärken.

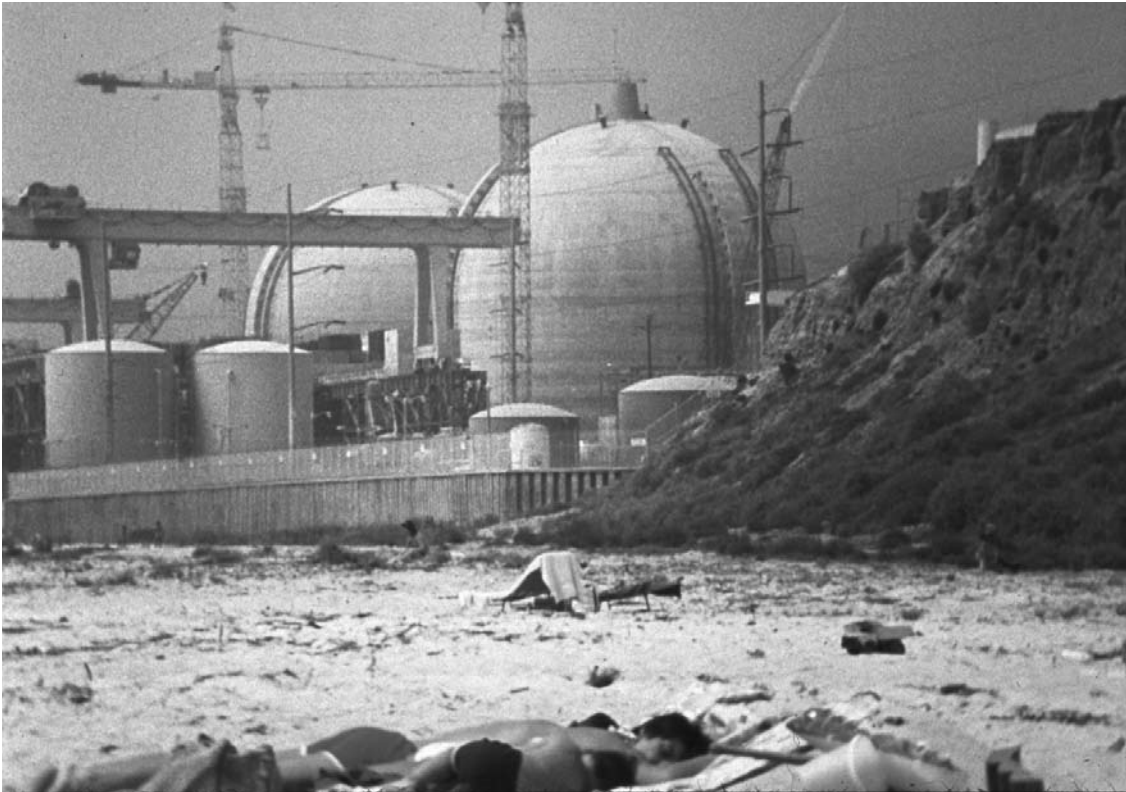
Vor diesem Hintergrund wäre es ein großer Gewinn für die Arbeitnehmerseite, wenn es der gewerkschaftsorientierten transform!-Bewegung im Rahmen des transform!Europe-Netzwerks gelänge, einen Gegenentwurf zum neoliberalen Zukunftsmodell zu entwickeln und dafür Ideen und Stimmen zu sammeln. Die Bewegung ist allerdings noch deutlich schwächer ausgeprägt und wohl auch nicht annähernd so stark finanziert wie ihr Gegenspieler.

Neuere Plattformen

Inzwischen hat sich – neben einigen anderen Ansätzen – auch eine Initiative mit einem etwas breiteren Profil etabliert: „2030.lu – Ambition pour le futur“. Sie will sich nicht nur um den Diskurs kümmern, sondern auch versuchen, dafür wissenschaftlich referierte Informationen bzw. Unterlagen bereitzustellen. Das gilt vom Anspruch her auch für die SOLEP (Société luxembourgeoise de l'évaluation et de la prospective ASBL), die sich eine Verbesserung politischer Entscheidungen durch das Beisteuern von Methodenwissen vor allem in Evaluierung und Prognose auf die Fahnen geschrieben hat. Modellbasierte Entscheidungshilfen und Erfolgskontrollsysteme im dauerhaft angewendeten Verfahren – das ist in der Tat ein wichtiges nationales Anliegen. Ob daraus oder gar darüber ein gesellschaftlicher Diskurs – z. B. über angemessene Evaluationskriterien und Szenarioannahmen – entsteht, oder ob sich solche gemeinnützigen Einrichtungen nicht doch eher als liberale Think Tanks begreifen, bleibt abzuwarten.

Unabhängig von den evidenten Gruppeninteressen und Ideologien, die hinter der Etablierung solcher Foren bzw. Einrichtungen stehen und ihre Finanzierung sichern – ein Einstieg in einen öffentlichen Diskurs über solch unterschiedliche Kanäle ist generell zu begrüßen. Es liegt nun an den Luxemburgern – den Bürgern, den ausländischen Residenten und den Berufspendlern – sich mit eigenen alternativen Konzepten und Zukunftsvorstellungen in





Die Luxemburger Gewerkschaften geraten immer stärker in den Konflikt, den im Durchschnitt überaus wohlhabenden Mitgliedern durch eine Art struktureller Reformblockade das erreichte hohe Niveau bewahren zu wollen und gleichzeitig denjenigen, die aus den Arbeitsprozessen herausgeschleudert werden oder gar nicht erst hereinkommen, eine Reformperspektive zu geben.

den Diskurs einzubringen und nicht nur auf einer, sondern auf möglichst vielen der gebotenen Plattformen deutlich zu machen, was sie wollen bzw. nicht wünschen.

An einem solchen öffentlichen Gesellschaftsdiskurs bestand in Luxemburg bislang ein chronischer und struktureller Mangel. Da fehlt es den meisten an Übung, ihre Erwartungen an die Zukunft des Landes zur Sprache und in eine Auseinandersetzung einzubringen. Dies umso mehr, als Politik und Parteien sich zurückhalten mit Orientierungen, Langfristzielen und Strategien für eine Gesellschaft, der die Wirtschaft dienen und die Umwelt eine dauerhafte Grundlage bieten soll. Und Staat bzw. Politik tragen leider auch nicht allzu viel dazu bei, den Bestand an Analysen und Daten zu erhöhen, der es den Bürgern ermöglichen würde, diverse Optionen künftiger Entwicklung im Hinblick auf ihre konkreten Auswirkungen miteinander zu vergleichen und sich dann nicht zuletzt unter dem Eindruck der eigenen Betroffenheit zu entscheiden.

Insofern – dies sei noch einmal wiederholt – sind neue Foren und selbst Think Tanks mit neuen Meinungen und Informationen gut. Zu viel sollte man von ihnen auf Anhieb auch gar nicht verlangen. Schließlich müssen die Prozesse erst einmal angestoßen werden, nicht alles kann schon zu Beginn in voller Tiefe und Breite ausgelotet und vermessen sein.

Der Diskurs bleibt aber noch zu einseitig

Dennoch: Neben der perspektivischen Enthaltensamkeit der Politik lässt sich eine gewisse Einseitigkeit in der bisherigen Diskurslandschaft zur Nachhaltigkeit, in den Argumentationslinien und ihrer Entwicklung kaum bestreiten: Mit eindeutigem Vorrang geht es bei den zuvor genannten Foren und Plattformen und den hinter ihnen stehenden „Machern“ um die Wiedergewinnung wirtschaftlicher und staatsbudgetärer Stabilität, also um zwar wichtige, aber rein ökonomische Aspekte der Nachhaltigkeit.

Auch wenn viele andere Themen zur Sprache kommen, überall schimmert die Priorität durch, die letztlich relativ kurzfristigen ökonomischen Krisen – mag man sie als Banken-, Staatsschulden-, Finanz- oder Konjunktur- bzw. Wachstumskrise apostrophieren – müssten ganz gleich mit welchen Opfern schnellstmöglich überwunden werden. Der kleine „Krisenrest“ im Ökologischen und Sozialen könne dann anschließend leicht „miterledigt“ werden. Vom Wachstum als alleinigem Schlüssel für die Zukunft rücken selbst diejenigen nicht wirklich ab, die das Modell Luxemburg durchaus kritisieren und bezüglich seiner Zukunftsfähigkeit problematisieren.

Man gewinnt bisweilen den Eindruck, dass das Modell eigentlich nur deswegen zur Disposition gestellt wird, weil es in seiner Funktion als Wachstumsmo-

Am schönsten wäre es doch, wenn den Politikern ein neuer Trick einfiele, mit dem die früheren Wachstumsraten perpetuiert werden könnten. Denn dann brauchte man eigentlich auch das Modell Luxemburg nicht zu ändern. So ist man eher widerwillig gezwungen, am Modell herumzubasteln.



tor stottert. Das prägt natürlich auch die Sicht auf Reformnotwendigkeiten: „Wie kann durch Änderungen sichergestellt werden, dass das Land zu hohem Wirtschaftswachstum zurückfindet?“ und – das macht die soziale Diskussion aus – „wem sollen die Kosten der strukturellen Anpassung aufgebürdet werden bzw. wer soll in welchem Umfang an Zugewinnen partizipieren?“ – das sind die häufigsten Fragen.

Am schönsten wäre es doch, wenn den Politikern ein neuer Trick einfiele, mit dem die früheren Wachstumsraten perpetuiert werden könnten. Denn dann brauchte man eigentlich auch das Modell Luxemburg nicht zu ändern. So ist man eher widerwillig gezwungen, am Modell herumzubasteln.

Das falsche Bild vom Kuchen

Den Hintergrund der Diskussion bildet also immer noch – wenngleich mit modernerem Mainstream-Vokabular aus diversen Ökonomielehren „aufgepeppt“ – das allzu einfache Bild vom „Wirtschaftskuchen“, den die Produzenten möglichst frei und unbehindert sowie unter Ausnutzung sämtlicher frei verfügbarer Ressourcen so groß backen sollen, wie es eben geht. Dann kann man anschließend auch jedem einen größeren Krümelanteil sichern. Auch wenn sie

andere Schwerpunkte für die Verteilung des Kuchens setzen – selbst die Gewerkschaften verharren bei diesem Bild und bleiben auf „Wachstumskurs“. Für die politischen Parteien gilt dies erst recht.

Vor diesem Bildhintergrund prägen also Positionen einer unterschiedlichen Wirtschaftsdeologie von Unternehmen und Gewerkschaften, wie sie sich in glatt gebügelten Form in den Parteiprogrammen wiederfinden, den begonnenen Diskurs: einig im unbedingten Wachstumsstreben, zerstritten in der Gerechtigkeitsvorstellung, in der Frage der Verteilung des zunehmenden „Wohlstandes“ sowie der Rolle von Staat und Markt.

Als Bild für eine nachhaltige Politik eignet sich die Wirtschaftskuchenidylle aber nicht. Zum einen zeigt die Empirie, dass Wachstum zwar die verfügbaren Verteilungsmittel größer werden lässt, dadurch aber keineswegs automatisch zu intra- und intergenerationaler Gerechtigkeit, zu sozialem Ausgleich bzw. Solidarität beiträgt. Zum anderen sind in diesem angeblichen Wohlstandskuchen immer mehr unappetitliche oder gar schädliche Bestandteile enthalten, die ihn unbedenklich werden lassen; ganz zu schweigen von den nicht im Kuchen landenden Backrückständen – die ständige Vergrößerung des

Wo bleibt die Kirche im Nachhaltigkeitsdiskurs?

Ist es schon erstaunlich, dass die Politik keinen echten Orientierungsbeitrag für den Luxemburger Zukunftsdialog leistet, so ist es erst recht unverständlich, dass die Stimme derjenigen Institution kaum zu vernehmen ist, die den Wertekanon der abendländischen Entwicklung und der luxemburgischen allzumal maßgeblich geprägt hat – die Stimme der christlichen Kirchen. Angesichts des konfessionellen Proporz in Luxemburg gilt dies in erster Linie für die römisch-katholische Kirche. Gewiss: Die Caritas-Organisation spielt in Nachhaltigkeitsfragen eine aktive Rolle im Land, und es gibt einige gute Artikel des Umweltbeauftragten. Das aber ist für christliche Kirchen, die in ihrem Selbstverständnis die Kriterien für gute und schlechte Entwicklung schlechthin bereithalten, einfach zu wenig. Zu ihren Grundwerten gehören schließlich die Nächstenliebe und die Bewahrung der Schöpfung im Auftrag des Schöpfers. Und ihre Moralthologen haben die ethischen Grundlagen des Wirtschaftens entwickelt. Da haben sie doch ihren Gläubigen und der ganzen Gesellschaft zu Fragen der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit einiges zu sagen.

Zumindest bei der ökologischen Nachhaltigkeitsfrage erwartet man sich eine entschiedene Positionierung der Kirche. Nachhaltigkeit gehört schließlich für Christen – wie es die österreichischen Bischöfe formulieren – zum „Kerngeschäft des Glaubens“. Den Lebensraum Erde so zu gestalten, dass alle heute und morgen gut darin leben können, entspricht dem Grundauftrag des ersten Buches der Bibel. Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist insoweit in der Schöpfungsidee bereits verankert. Ebenso wie die Nächstenliebe müsste es daher als Sozialprinzip „hochgehalten“ werden, um Bewusstsein, Zukunftspläne und das Handeln von Christen prägen zu können. Es müsste wie die übrigen Sozialprinzipien zu einem kirchlichen Dauerthema werden, um die Gläubigen an die daraus resultierenden Verpflichtungen zu erinnern, sie dadurch aber auch stark genug zu machen, die Anpassungszwänge auszuhalten, die durch die Öko-Krise auf sie warten.

Die Sozialethik dient der katholischen Kirche immer wieder dazu, sich zu Grundfragen öffentlich einzulassen. So hat z.B. Münchens Erzbischof Marx vor einiger Zeit mit Blick auf die Finanzkrise und unter Berufung auf die christliche Soziallehre gefordert, Aktienspekulanten müssten Buße tun. Müsste die Kirche da nicht auch diejenigen aufrufen, Buße zu tun, die sich tagtäglich an der Umwelt bereichern und an der Zerstörung der Schöpfung mitwirken? Die Tatsache, dass daran nicht nur einige „Spekulanten“, sondern wir alle beteiligt sind, macht das in der Vermittlung vielleicht schwieriger, verdeutlicht aber zugleich, dass die Kirche bisher in ihrem „Kerngeschäft“ nicht besonders erfolgreich gewesen ist. Der katholische Theologe und Sozialethiker Markus Vogt hat dazu relativ provokant formuliert: „Christen müssten eigentlich

geborene Umwelt- und Naturschützer sein“. Leider ist es aber ein Faktum, „dass Umweltzerstörung und Klimawandel überwiegend von christlich geprägten oder sich christlich nennenden Ländern ausging und ausgeht.“ Luxemburg gehört dazu. Es ist ein christliches, ja katholisches Land und eines der reichsten Länder der Erde. Es hat die christlichen Wurzeln und Sozialprinzipien in seinen Leitlinien praktischer sozialer Politik durchaus beachtet und verteilt seinen Wohlstand – selbst wenn manches noch besser werden könnte – in der Perspektive christlicher Grundwerte. Luxemburg ist aber zugleich ein Land mit extrem großer spezifischer Umweltverschmutzung, das bei der Erwirtschaftung und Nutzung seines Wohlstandes einen schlimmen ökologischen Fußabdruck hinterlässt.

Woran liegt dieser Widerspruch zwischen Schöpfungsglauben und der gelebten Realität? In erster Linie wohl daran, dass die Schöpfungsidee innerhalb der Kirche nicht klar in ihrer Nachhaltigkeitsrelevanz aufgearbeitet, in den Gemeinden nicht ihrer Grundbedeutung entsprechend präsent ist und auch nicht hinreichend zum Gegenstand des gesellschaftspolitischen Wirkens der Kirchen gemacht wird. So ist uns Christen bisher kaum bewusst geworden, dass wir im ständigen Widerspruch zu den eigenen Grundwerten und Glaubensinhalten leben, ja uns permanent an der Schöpfung versündigen. Dass dies auch für Nicht-Christen gilt, soll für die christlichen Kirchen wie für ihre Gläubigen kein Alibi sein.

Insofern bietet der Zukunftsdialog den Kirchen in Luxemburg eine gute Gelegenheit, auf dem Boden der christlichen Grundwerte eine intensive Nachhaltigkeitsinitiative zu starten. Der Zusammenhang von Schöpfung und Nachhaltigkeit muss stärker in das Gemeindeleben eingebracht werden. Das Thema gehört in die Feste, auf die Kanzeln bzw. in die Predigten. Den Glauben leben – das heißt schließlich auch: den Schöpfungsglauben durch aktiven Umweltschutz selbst praktizieren. Da konkreter Umweltschutz im täglichen Verhalten nicht allein ein Problem rationaler Begründung ist, sondern auch eine Frage der „Willensbildung auf einer tieferen, emotionalen und identitätsbildenden Ebene“ (Vogt), kann ihm durch religiöse bzw. spirituelle Motivation ein wichtiger Zusatzimpuls gegeben werden. Das „Verkünden“ christlicher Nachhaltigkeitswerte erlangt insoweit auch gesellschaftliche Relevanz. Auch deshalb sollte sich „Kirche“ in den Luxemburger Zukunftsdialog einbringen. Davon darf sie auch die öffentliche Auseinandersetzung um das künftige Verhältnis von Kirche und Staat nicht abhalten. Kirche ist schließlich nur dann ganz Kirche, wenn sie sich auf der Basis ihrer Werte und Normen ins Leben „einmisch“ – so hat Papst Franziskus es kürzlich formuliert.

Dieter Ewringmann

Kuchens führt zu immer größeren sozialen Verwerfungen und Umweltbelastungen.

Wie man mit diesen Konflikten umgehen soll, das müsste eigentlich in den Fokus der Nachhaltigkeitsdiskussion rücken. Dazu gehört die Frage, ob die Dynamik des Wirtschaftssystems mit weiteren Kuchenstücken noch dem Menschen nützt oder ob einfach die Menschen und ihre sozialen Institutionen unter der Flagge des Wachstums der Wirtschaft zu dienen haben, und zwar unabhängig vom weiteren Netto-Gesamtnutzen. Andererseits bietet eine wachstumskritische Haltung solange noch keine Zukunftsperspektive, wie es nicht gelingt, eine funktionsfähige Post-Wachstumsgesellschaft zu skizzieren und modellhaft dazustellen, mit welchen Konsequenzen sie verbunden ist bzw. inwieweit sie den Zukunftserwartungen der Bürger entspricht. Gerade solche Fragen, auf die traditionelle Ökonomik keine Antworten bereithält und für die eine „neue Ökonomik“ noch nicht existiert, müssen im Zukunftsdialo auf ihre Kernkonflikte und -risiken heruntergebrochen werden. Dazu gehört auch das zentrale Problem ökologischer Nachhaltigkeit, nämlich wie viel Naturkapital man opfern und durch technische Investitionen substituieren kann bzw. darf.

Und: Von welcher Wertbasis aus trifft man eigentlich die notwendigen Abwägungsentscheidungen?

Es fehlt eine Grundwertediskussion

Angesichts derartiger Fragenkomplexe fällt ein anderer noch fundamentalerer Mangel in der nationalen Diskussion auf: Auf Grundwerte wird zwar immer wieder verwiesen, über sie und ihre Bedeutung für eine zukünftige Ordnung, über die Vereinbarkeit unterschiedlicher Prinzipien, über die Diskrepanzen zwischen Grundsätzen und Grundwerten einerseits und der Planungs- und Entscheidungspraxis andererseits wird aber viel zu wenig diskutiert.

Dazu wären sicherlich zuvorderst die politischen Parteien aufgerufen. Sie haben natürlich – wenngleich in unterschiedlicher Diktion und mit unterschiedlichen Schwerpunkten – Grundwerte in ihren Parteiprogrammen skizziert. Das CSV-Grundsatzprogramm greift z. B. textlich auf die Prinzipien der christlichen Soziallehre zurück. „Solidarität, Subsidiarität, Personalität, soziale Gerechtigkeit und das Gemeinwohl, zusammen mit den Prinzipien der Nachhaltigkeit und der Leistung in der Solidargemeinschaft, bestimmen unsere Politik“, heißt es dort. Die Grünen berufen sich in ihrer Grundsatzklärung auf die sechs Prinzipien „Gerechtigkeit und Solidarität, Nachhaltigkeit und bewusste Lebensweise, Humanistische Freiheit und Selbstbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Transparenz, gesamtgesellschaftliche Demokratie und Partizipation, Diversität und Zusammenhalt“. Bei der LSAP heißen sie „Liberté, Justice, Solidarité und Sécurité“. Im Programm der DP findet sich die Formulierung „Verantwortlich handeln, bedeutet die Zukunft so zu gestalten, dass die kommenden Generationen auch morgen noch ihre eigene Zukunft frei gestalten können“, also letztlich eine Version des Nachhaltigkeitsprinzips.

Muss man sich bei so viel deklariertem Wertebewusstsein noch um Werte für ein Zukunftsmodell kümmern? – Allerdings! Allein schon die Tatsache, dass das vermeintlich so prinzipiengetreue, vorgeblich an christlichen sowie aufklärerischen Werten orientierte politische Handeln genau in die Nachhaltigkeitskrise geführt hat, müsste Anlass genug sein, über die Werteordnung, ihren gesellschaftlichen Stellenwert und ihre Realisierbarkeit neu nachzudenken.

Wenn die Diskrepanz zwischen den Werten, an denen sich die Menschen orientieren wollen, und der realen Entwicklung immer stärker wird, die meisten Entscheidungen den eigenen geäußerten Wertvorstellungen zuwiderlaufen, dann ist es Zeit für eine Zukunftsbesinnung. ♦

NATURATA Bio Marché
Fair a kooperativ mat de Bio-Bauern

Goûtez le bio, goûtez la vie!

1 Rollingergrund
• Lebensmittelgeschäft
• Bio-Metzlerei Quintus

2 Merl
• Lebensmittelgeschäft

3 Munsbach
• Supermarkt - Lebensmittel
• Restaurant & Catering
• Akzent - Naturkleider, Spielwaren, Bücher
• Biobau - Ökologisches Produkt für Bauen an Wännen
• Bio@Home - Bestellung über das Internet www.bio-at-home.lu

4 Erpeldange
• Lebensmittelgeschäft

5 Hupperdange
• Hof-Laden Schanck-Haff

6 Dudelange
• Lebensmittelgeschäft

7 Foetz
• Lebensmittelgeschäft

www.naturata.lu

Äre Spezialist fir Bio- an Demeter-Liewesmittel

Politische Kultur

